

Thesen für das grundsätzliche Verhältnis von Attac zur EU, Törk, Brigitte, Stand 4.11.2023

Zu Strukturierung der Europadiskussion 2023 halten wir es für richtig, an der Attac-Erklärung anlässlich Europawahlen 2019 „Ein anderes Europa ist möglich und auch nötig!“ anzuknüpfen.

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Europa/Dokumente/EU-Erklaerung.pdf

Vieles gilt nach wie vor, was wir damals formuliert haben, aber wir müssen den seither eingetretenen Veränderungen Rechnung tragen und einige Aussagen aktualisieren bzw. schärfen.

Bereits 2019 haben wir festgestellt, dass „in immer mehr Ländern autoritäre, nationalistische und rassistische Kräfte an Macht und Einfluss“ gewinnen. Für Attac stellt die verstärkte Herausbildung von nationalistischen, fremden-, frauen- und queerfeindlichen Positionen eine besorgniserregende Entwicklung und eine Bedrohung der Lebenssituation vieler Menschen dar. In vielen Ländern der EU bzw. Europas ist diese Entwicklung stark gekoppelt an eine nationalistisch aufgeladene Kritik an Brüssel und der EU überhaupt.

Eine emanzipative Kritik an der EU muss heute noch deutlicher und unmissverständlich einer nationalistisch motivierter Kritik der EU entschieden entgegen treten. Wir bestehen auf unserer Kritik fehlender Demokratie und der neoliberalen Fundamente der EU, denn wir wollen ein gutes Leben für alle erreichen - unser Grundsatz ist der Grundsatz der Solidarität.

Die neoliberale Grundsätze der EU sind in den letzten Jahren in eine Krise geraten. Corona-Maßnahmenpakete, die NextGenerationEU-Fonds , der Plan eines Green Deals, der Förderprogramme für die Industrie beinhaltet, zeigen, dass die EU heute mehr denn je auf staatliche Interventionen setzt, die der reinen Lehre des Neoliberalismus widersprechen .

Diese Entwicklung – die teilweise Abkehr von der neoliberalen Ideologie – ändert nichts daran, dass es bei der Wirtschaftspolitik der EU vor allem um die Sicherung der Profimöglichkeiten des europäischen Kapitals in einer veränderten ökonomischen und geopolitischen Lage geht.

Für uns ist klar: Wir wollen Alternativen zu der undemokratische Struktur der EU und den an Kapitalinteressen ausgerichteten Politik durchsetzen Wir wollen echte Partizipation und gesellschaftliche Verhältnisse, in denen soziale und ökologische Anforderungen im Zentrum der Politik stehen. Damit stehen wir aber zugleich diametral der nationalistisch motivierten EU-Kritik gegenüber.

Neben diesen eher grundsätzlichen Überlegungen haben wir in der Vorbereitung vier Themenfelder ausgemacht, in denen wir genauer unsere unterschiedlichen Einschätzungen austauschen und dabei Schnittmengen und Trennendes festhalten, um zu einem gemeinsam Handeln zu den Europawahlen 2024 zu gelangen.

- **Die geopolitische Krise:** Anstelle der allgemeinen Globalisierung hat sich mittlerweile eine neue Welle der verschärften Konkurrenz unter den wirtschaftlichen Zentren entwickelt mit protektionistischen Maßnahmen und teilweisem Rückzug auf

nationale Lösungen. Zugleich haben die Spannungen zwischen und gegenüber den anderen Zentren, insbesondere USA und China zugenommen. Die EU beteiligt sich an dieser Konkurrenz, am Rüstungswettlauf. Begründet wird dies mit der Absicherung ökonomischer Interessen, z.B. an Rohstoffen, aber auch mit einer Systemkonkurrenz zwischen liberal-demokratischen und autoritären Staaten.

Welche Überlegungen haben wir für eine europäische Außenpolitik? Für eine Sicherheitsarchitektur?

- **Die ökologische Krise:** Die EU hat ein umfangreiches Green Deal Programm aufgelegt, das den Herausforderungen der Klimakrise gerecht und die europäische Industrie in das neue ökologische Zeitalter transformieren soll. Sie reklamiert immer wieder eine Vorreiterrolle in Sache Klima, aber tatsächlich werden die Pariser Klimaziele auch mit den „ambitionierten“ Plänen verfehlt. Das alles läuft zudem nicht widerspruchsfrei mit den Mitgliedsländern.
 - Wie sind die Vorschläge/Maßnahmen der EU zu bewerten? Was sind unsere Alternativen?

- **Die demokratische Krise:** Wenig hat sich seit 2019 hier zu einem besseren entwickelt, die Rolle des EU-Parlaments ist nicht gestärkt – eher wieder geschwächt worden und gleichzeitig greifen autoritäre und antiliberaler Entwicklungen in einer Reihe von Ländern in Europa um sich.
 - Ist eine weitere Demokratisierung überhaupt realistisch? Bedeutet eine verstärkte Integration der EU vielleicht sogar, dass demokratische Strukturen weiter an Bedeutung verlieren? Kann die EU der Verletzung von Menschenrechten in ihren Mitgliedsstaaten bzw. bei Beitrittskandidaten Schranken setzen?

- **Die soziale Krise:** Vielen Menschen reicht der Lohn bzw. das ihnen zustehende Transfereinkommen nicht für notwendige Ausgaben und für eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Angesichts der ökonomischen Ausrichtung der EU als Wirtschaftsgemeinschaft sollten wir genau hinsehen, ob EU-Strukturen Chancen für sozialpolitische Interventionen bieten können.
 - Gibt es auf der Ebene EU Handlungsmöglichkeiten, um die soziale Situation von Menschen, die über wenig Einkommen verfügen und/oder unter prekären Bedingungen arbeiten müssen, zu verbessern? Können wir angesichts enger werdenden Verteilungsspielräumen eine „Austeritätspolitik 2.0“ verhindern?

Die EU ist nicht das Europa, das wir uns vorstellen. Die EU wurde als Wirtschaftsgemeinschaft gegen linke, emanzipatorische Bewegungen durchgesetzt. Aber unabhängig davon, ob wir die EU für reformierbar halten oder nicht, sie stellt heute neben den eigenen Nationalstaaten den Handlungsrahmen dar, in dem wir uns bewegen müssen. Wir streiten weiter – gemeinsam mit den emanzipatorischen Bewegungen in Europa für eine solidarischen, auf sozialen Prinzipien beruhendem Europa. Eine Rückkehr zu nationalistischen Alternativen kann gerade aus bundesdeutscher Sicht keine Alternative sein.